



Prof. Dr. Heinrich Mäding

### Tipps zum Weiterlesen

- Demografischer Wandel in Ostdeutschland als Herausforderung für die Verwaltung  
Von Mäding, H.  
Schriftenreihe der Landesakademie für öffentliche Verwaltung, Brandenburg, Neu-Fahrland 2004
- Schrumpfende Städte in Ost-Deutschland  
Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum  
Von Hannemann, Chr.  
Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2003, S. 16-23
- Anpassung der kommunalen Entwicklungskonzepte an den strukturellen und demographischen Wandel  
Von Hollbach-Grömig, B.  
Dick, E./Mäding, H. (Hg.)  
Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen  
Reihe: Schnittpunkte von Forschung und Politik, Bd.4  
Münster 2002, S. 101-125

Der demographische Wandel hat viele Gesichter: Schrumpfung, Alterung und Zuwanderung sind in Deutschland die zentralen Themen.

- Das nationale Bevölkerungsvolumen wird zunächst bestimmt von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Seit vielen Jahrzehnten reicht die Geburtenziffer (zurzeit durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau) nicht aus, um das Bevölkerungsvolumen in Deutschland konstant zu halten. Zwar mildert die wachsende Lebenserwartung die Effekte fehlender Geburten auf die Bevölkerungszahl etwas, doch vor allem internationale Zuwanderung mit ihrem langjährigen Durchschnittswert von (im Saldo!) ca. 250 000 Personen hat lange Zeit bewirkt, dass die Bevölkerung in Deutschland nicht schrumpfte. Dies beginnt sich gerade jetzt offenbar zu ändern. Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten mit wachsender Geschwindigkeit abnehmen, bis 2050 wahrscheinlich um fünf bis zehn Millionen.
- Die nationale Bevölkerungsstruktur wird dadurch mitgeprägt. Der Anteil alter Menschen wächst, ebenso der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund. Zu Alterung und Heterogenisierung tritt die Vereinzelung: Die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt sinkt, immer mehr Haushalte umfassen nur eine Person („Singles“).

Aus der Perspektive der einzelnen Stadt, für Stadtpolitik und -planung kompliziert sich das Bild aus zwei Gründen:

Neben den internationalen Wanderungen sind die intranationalen zu beachten: Großräumig werden diese vor allem durch Differenzen in der Wirtschaftskraft hervorgerufen (Ost-West-Wanderung). Kleinräumig geht es um die Attraktivität von Städten, Umlandgemeinden und ländlichen Räumen als Wohnstandort. Jahrzehntlang war die Suburbanisierung das Thema, heute verstärken sich Anzeichen für eine wachsende Attraktivität der (Innen-)Städte.

Weil alle demographischen Prozesse räumlich ungleich verteilt sind, liegen wachsende und schrumpfende Gemeinden oft nah beieinander. Große Unterschiede gibt es zum Beispiel auch in den Ausländerquoten

deutscher Großstädte (Frankfurt 27 Prozent, Dresden vier Prozent).

Im Westen werden die Problemlagen zurzeit meist durch Heterogenisierung und Alterung geprägt, doch greift auch dort die Schrumpfung um sich. Im Osten stehen Schrumpfung und Alterung im Vordergrund.

Vor allem das Bevölkerungsvolumen beschäftigt die Städte. Schaut man auf den „Flickenteppich“ wachsender und schrumpfender Gemeinden, wie ihn der neue Raumordnungsbericht 2005 in Karten darstellt, ist großräumig der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Schrumpfung deutlich. Industriestädte verlieren. Kleinräumig findet sich Wachstum überwiegend am Rande der Städte und in prosperierenden ländlichen Regionen (Oberschwaben, Emsland). Bevölkerungswachstum in Kernstädten ist selten und wenn, dann schwach.

### Warum fürchten Städte die Schrumpfung?

Es sind vor allem wirtschaftliche Gründe:

- Sinkende Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten produziert wirtschaftliche Schwierigkeiten vom Einzelhandel bis zu den freien Berufen. Machen Postämter, Läden und Arztpraxen zu, sinkt vor allem in Kleinstädten die Attraktivität als Wohnstandort.
- Sinkende Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen mag Nutzer zunächst freuen (kleine Klassen, leere Hallenbäder), aber die Pro-Kopf-Ausgaben wachsen rasch. Es drohen Schul- und Bäderschließungen, wachsende Einzugsbereiche, weite Wege.
- Rückläufige Bevölkerung beeinflusst das Angebot an (qualifizierten) Arbeitskräften, einen wichtigen Standortfaktor für bestehende und neue Betriebe.
- Attraktivitätsverluste dieser Art betreffen die Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum und damit auch die kommunalen Einnahmen. Über die Gewerbesteuer sind diese an die lokale Wirtschaftskraft gebunden, über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und über den kommunalen Finanzausgleich zusätzlich an die Zahl der Einwohner.

Diese wirtschaftlichen Gründe verstärken sich wechselseitig zu einem „Teufelskreis“. Die Attraktivität sinkt und mit ihr das Image, das selbst ein wichtiger Standortfaktor ist.

Die Chancen, die mit einem Bevölkerungsrückgang verbunden sind, etwa ökologische Entlastungen, sind oft wenig spürbar und politisch noch weniger wirksam. Andere Effekte sind ambivalent: Wohnungsleerstand freut einerseits Mieter, die mehr Optionen haben und deren Mietbelastung dadurch begrenzt wird, andererseits treibt er den einen oder anderen Vermieter in den Konkurs.

### Was können die Städte gegen Schrumpfung tun?

Die Antwort klingt paradox: Viel und wenig! Viel deshalb, weil es zahlreiche, oft kleine Einzelmaßnahmen sind, die die Attraktivität zu beeinflussen vermögen; wenig deshalb, weil die Wirksamkeit dieser Maßnahmen meist indirekter Natur und schwach ausgeprägt ist und in der Konkurrenz der Städte, die alle dasselbe wollen und oft tun, leicht verpufft.

Wichtige Ansatzpunkte liegen zunächst auf der Ebene der politisch-administrativen Voraussetzungen:

- Die Prozesse des demographischen Wandels verdienen höchste Aufmerksamkeit: schonungsloses Monitoring, klare Ursachenanalyse, übergreifende Politikentwürfe.
- Das gilt nicht nur in der Verwaltung und zwischen Verwaltung und Rat, sondern auch in der Kommunikation mit dem Bürger und der lokalen Wirtschaft. Alle sollten Bescheid wissen und möglichst abgestimmt handeln – unter den Bedingungen der politischen Konkurrenz und mit wachsender Stadtgröße ist das keine leichte Aufgabe.
- Schrumpfung ist keine Schande und nicht die Schuld des Bürgermeisters. Rationale Argumente sind gefragt, Anerkennung der Rahmendaten und kluge Anpassung sind notwendig.

### Wie könnte die nötige Anpassung inhaltlich aussehen?

- Die kinder- und familienfreundliche Gemeinde wird aktiv in der Betreuungsinfrastruktur, dem Ganztagsangebot an Schulen, in den Öffnungszeiten der Ämter und der Verkehrssicherheit: Fachkundige kennen Hunderte von Möglichkeiten. Sie wird weniger aktiv, um die Kinderzahl zu steigern als um die Wanderungen zu beeinflussen.

- Für die Attraktivität als Wirtschaftsstandort sind die Instrumente der kommunalen Wirtschaftspolitik zu erweitern: hin zu kommunal-regionalen Kommunikationsplattformen, vereinbarten Branchenschwerpunkten und deren regional gemeinsamem Marketing.
- Attraktivität kann sich in einer alternden Gesellschaft auch speziell auf die Wünsche der Senioren richten: altengerechte Wohnangebote und ein Ambiente nach deren Wünschen, wie überhaupt ein rechtzeitiger, von Konzepten geleiteter Stadtbau ein wichtiger Standortfaktor im wachsenden Wettbewerb der Städte und Regionen werden dürfte.

Kein Amt bleibt von dieser Neuausrichtung unbetroffen, die politische Führung muss sie aktiv betreiben, und alle müssen wissen: bei schrumpfender Gesamtbevölkerung ist es schon ein Erfolg, diesen Prozess für die eigene Stadt zu verlangsamen – Bescheidenheit ist angesagt.

Prof. Dr. Heinrich Mäding  
Telefon: 030/39001-215  
E-Mail: maeding@difu.de

